

IMI-Standpunkt 2099/018 - in: NRhz, 5.3.2009

## Krieg und Frieden

Interview mit Tobias Pflüger, EU-Parlamentarier der LINKEN "Raketenschild" gegen Russland gerichtet

Von Interview / Tobias Pflüger / Christian Heinrici / Neue Rheinische Zeitung Internet: http://www.imi-online.de/2009.php3?id=1916

Hechingerstr. 203 72072 Tübingen Tel 07071/49154 Fax 07071/49159 imi@imi-online.de www.imi-online.de 5.3.2009

Seit etlichen Jahren betreiben US-Regierungen den Aufbau einer weltumspannenden "Raketenabwehr". Das vormals als "National Missile Defense" bezeichnete Systems lässt in einigen Teilen Europas die Emotionen hochkochen. Und so war es nicht verwunderlich, dass am 18. Februar 40 tschechische unmittelbar betroffene und unbestechliche Bürgermeister samt Familien und zahlreichen Friedensaktivisten auch zum EU-Parlament nach Brüssel gereist waren, um eine klare Stellungsnahme zu fordern. Lesen Sie in diesem Zusammenhang auch "Die Unsichtbaren von Brüssel" in der vorherigen Ausgabe der NRhZ.

Bei dieser Gelegenheit unterhielt sich Christian Heinrici mit Tobias Pflüger, EU-Parlamentarier der LINKEN und Militarismusexperte – die Redaktion.

Herr Pflüger, wie war Ihr Eindruck vom Treffen mit den tschechischen Bürgermeistern?

Ich bin sehr beeindruckt von dem Besuch aus Tschechien zum "Raketenabwehrschild", weil es dringend notwendig ist, hier mehr Druck von unten zu machen. Jetzt ist ein ganz kritischer Moment, an dem das Projekt vielleicht noch verhindert werden kann. Die neue US-Regierung hat gesagt, wenn es finanziell und technisch machbar ist, machen sie es. Der Subtext ist, wenn es politisch geht... Und deshalb müssen wir dafür sorgen, dass es politisch nicht geht, das heißt, Druck ausüben. Für die Regierung in Tschechien, die zur Zeit ohne eine Mehrheit an

der Macht ist, ist es ein zentrales Projekt. Aber, sie steht momentan mit ihrer Position, an dem Projekt festzuhalten, allein.

Ist die Situation in Polen anders?

Die polnische Regierung unterstützt das Projekt zwar auch, aber nicht mit so viel Nachdruck. Und dann muss man wissen, das "Abwehrschild" bezieht sich ja auf Tschechien, Polen, Großbritannien und Grönland, das ist quasi ein gesamter Bogen, und es ist eindeutig gegen Russland gerichtet. Es geht darum, mit diesem Schild die "Zweitschlagfähigkeit" zu zerstören. Deshalb ist dieser gesamte Begriff des "Raketen-Abwehrschilds" falsch, weil es im Grunde genommen darum geht, ein Angriffssystem zu etablieren, indem man einen Zweitschlag verhindert.

Die "Raketenabwehr" ist also eindeutig gegen Russland gerichtet, der Iran ist praktisch der Vorwand. Eine Bedrohung aus dem Iran ist ohnehin nicht gegeben. Das Ganze wird praktisch aufgebaut, damit man eine Legitimation hat. Der Tschechische Außenminister Schwarzenberg war im Auswärtigen Ausschuss und hat gesagt, dass an dem Raketensystem festgehalten werde.

Am Anfang hatten wir die Situation, dass wir als Linksfraktion im EU-Parlament als einzige gegen das System waren. Inzwischen ist auch die Mehrheit der Sozialdemokraten dagegen, weil sie merken, dass es auch in den USA nicht mehr getragen wird. Man muss jetzt den Druck machen, denn nur jetzt besteht die Möglichkeit, es noch zu verhindern... Wir müssen deutlich machen, dass es eine Frage ist, die die gesamte Europäische Union betrifft.

Wir haben bisher von keiner offiziellen Stelle der EU eine Stellungnahme. Herr Solana, der 200 Meter von hier entfernt immer noch in der Debatte sitzt, von der ich gerade gekommen bin, sagt, dass er sich für die EU nicht zu diesem Raketensystem äußert. Das ist ein Skandal, weil er weiß, dass die Mitgliedstaaten unterschiedlicher Meinung sind. Ein Teil ist dafür, ein Teil dagegen, und dann ist es immer die Linie in der EU, dann lieber gar nichts zu sagen – was de Facto bedeutet, dass man dafür ist, und das ist das Hauptproblem. Und deshalb: Druck ausüben, Druck ausüben!

Das Projekt wurde doch eigentlich von der NATO adoptiert...

Genau, was sehr spannend ist: Es handelt sich um ein US-System, allerdings hat die NATO beschlossen ergänzend dazu, ein NATO-Raketensystem aufzubauen. Deshalb müsste man eigentlich etwas gegen diese beiden Systeme unternehmen. Die NATO trägt ja diesen unsinnigen Ansatz, dass man mit einem "Raketenabwehrsystem" Sicherheit schaffen kann, völlig mit. Alle 26 Mitgliedsstaaten haben das mitgetragen, einschließlich Deutschland und Frankreich und gleichzeitig reden sie zu Hause dagegen.

Das ist das Doppelspiel, das wir so häufig erleben. Der italienische Kollege (Anm. d. Red.: Giulietto Chiesa) hat das eben sehr schön formuliert: Wenn selbst Merkel zu Hause dagegen spricht, wer will es dann überhaupt noch?! Denn Merkel ist sowieso immer die letzte... Es muss einen Beschluss innerhalb der EU, der NATO und der US-Regierung geben, dass man auf dieses Raketensystem grundsätzlich verzichtet.

In der Regel gibt es sehr klare sicherheitspolitische Stellungnahmen der Linken in Deutschland. Zum Raketenabwehrschild vermisst man, salopp formuliert, ein wenig die Publicity?

Ja und Nein. Einerseits ist ganz klar, dass man gegen dieses System ist, andererseits ist auch klar, dass es nicht völlig im Focus ist. Weil man natürlich wahrnimmt, dass der Kampf in Tschechien geführt wird. Nur ich, als jemand, der im Europaparlament sitzt, bin nicht nur verantwortlich für Deutschland, sondern für die gesamte Europäische Union. Wenn mich die tschechischen Freunde und Freundinnen einladen, gegen das Raketensystem zu arbeiten, dann unterstütze ich das selbstverständlich. Deshalb ist natürlich von Seiten der Linken sehr klar, dass man gegen dieses Raketensystem ist. Vielleicht sollte man das in der verschiedenen Stellungnahmen noch deutlicher formulieren, die Position als solche ist klar dagegen.

Es ist offensichtlich, dass das geplante Radar ein nukleares Erstschlagsziel sein könnte, und es liegt nicht sehr weit von der bayrischen und der sächsischen Grenze entfernt...

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, man muss es deutlich sagen: Es betrifft alle! Unabhängig davon, wie nahe das an Bayern ist. Es ist eine Bedrohung, und das muss man deutlich machen. Es ist Teil dieser bedrohlichen Militärpolitik, die in der NATO, der EU und den USA betrieben wird, und deshalb muss man meiner Meinung nach etwas gegen diese bedrohliche Militärpolitik unternehmen. Deshalb war ich vorher in der Debatte, wo ich gegen die neue EU-NATO-Zusammenarbeit und gegen die neue sogenannte EU-Sicherheitsstrategie gesprochen habe. Wir haben im Ausschuss knapp einen "Positivbezug" in diesem Bericht zum Raketenschild herausbekommen, aber auch nur weil Druck im Kessel war, das muss man ganz deutlich sagen!

Wie schätzen Sie die Rolle Obamas in dieser Frage ein?

Mein Eindruck ist, dass es jetzt entscheidend darauf ankommt, dass die richtigen Personen innerhalb der US-Administration den entscheidenden Einfluss bekommen. Denn es gibt in seinem Team natürlich nach wir vor viele, die unbedingt an diesem Raketensystem festhalten wollen. Obama hat den ehemaligen republikanischen Militärminister zum Verantwortlichen gemacht, das heißt, da gibt es eine Kontinuität, und eben der hat das Projekt verantwortet...

Andererseits ist es aber auch so, dass es da durchaus Brüche gibt. Was man jetzt machen muss, ist innerhalb der USA diese Brüche zu stützen und deutlich zu machen, dass es ja immanent unsinnig ist, in der jetzigen Situation, in der der Kapitalismus zeigt, dass er nicht funktioniert, dann auch noch ein so teures Raketensystem zu finanzieren. Wenn die sich das leisten können, bitte! Aber was man im Moment sieht, ist, dass die Leute ihre Jobs verlieren. Und dann soll gleichzeitig ein Raketensystem für Milliarden und Abermilliarden Dollar gebaut werden, da organisieren sich die Regierenden den Widerstand ja guasi selbst! Ich bin immer mehr der Meinung, dass es denen noch um die Ohren fliegen wird.

Das Einfachste wäre zu sagen, dass man dieses Raketensystem stoppt: es ist finanziell einfach unsinnig, funktioniert technisch sowieso nicht und ist politisch eine Bedrohung sondergleichen.

Herr Pflüger, vielen Dank für dieses Interview!

## IMI braucht Förderer, IMI braucht Mitglieder

Die Informationsstelle Militarisierung arbeitet völlig unabhängig von staatlichen Geldern. Trotzdem bemühen wir uns darum alle Publikationen gratis im Internet zur Verfügung zu stellen. Damit wir hierzu weiterhin in der Lage sind, möchten wir Dich/Sie um Mithilfe bitten, das Bestehen von IMI zu sichern. Dies kann entweder durch eine Spende oder über eine Mitgliedschaft bei IMI geschehen (Ein Formular gibt es unter http://www.imi-online.de/download/mitglied.pdf). Beides ist steuerlich absetzbar.

Spenden Sie an die Informationsstelle Militarisierung e.V., auf das Konto 166 28 32 bei der Kreissparkasse Tübingen, BLZ 641 500 20.